SZA_4_2012:EUROSOLAR 20.12.12 16:48 Seite 100

Zivilgesellschaft als Motor der Energiewende

GERD OELSNER

„Um die Sonnenstrategie voranzutreiben, ist die aktive Gesellschaft notwendig: Freie Initiativen, die angebliche Sachzwänge durchbrechen und eigene Projekte kreieren“ schrieb Hermann Scheer vor knapp 20 Jahren in seinem Buch „Sonnenstrategie“. Inzwischen hat sich die Zivilgesellschaft als treibender Motor der Energiewende erwiesen. 2011 befanden sich mehr als die Hälfte der in Deutschland installierten Anlagen zur Stromerzeugung aus Erneuerbaren Energien im Eigentum von Privatpersonen und Landwirten. Energiegenossenschaften verzeichnen enormen Zuwachs. Vor Ort und regional sind flächendeckend Solarvereine, Agenda-Arbeitskreise und Umweltgruppen aktiv. Diese bürgerschaftlichen Aktivitäten erfolgen dabei meist in Zusammenarbeit mit den Kommunen und werden zu einem kooperativen Klimaschutz. Nötig ist eine vertikale Verknüpfung mit Landes- und Bundespolitik, um die Energiewende zu einem breit getragenen Gemeinschaftswerk zu machen.

Bürgerschaftliche Aktivitäten

Eine umfassende Untersuchung zivilgesellschaftlicher Aktivitäten hat Ulrich Dewald 2008 in seiner Studie „Solarinitiativen in Deutschland“ vorgenommen. Diese Energie-Initiativen werden meist ehrenamtlich getragen und sind knapp zur Hälfte als Verein organisiert, etwa ein Viertel als Agenda-Arbeitskreis. Regional liegen die Schwerpunkte in Baden-Württemberg, Bayern und Nordrhein-Westfalen. Als wichtigstes Aufgabenfeld nennen 91%

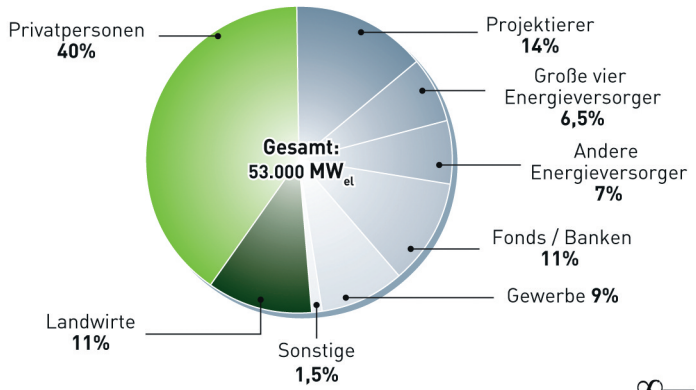
der Initiativen Information und Beratung, etwa drei Viertel stoßen Investitionsprojekte (meist Photovoltaik- Anlagen) an. Ebenso zentral ist die politische Einflussnahme auf Entscheidungsträger. Als weiteres wichtiges Feld wird die Bildung von Netzwerken genannt.

Zur Information und Aufklärung haben sich lokale und regionale Energie-Informationstage inzwischen fest etabliert. So fand der „Tag der Erneuerbaren Energien“ in Karlsruhe 2011 zum 14. Mal statt. Seit 2007 werden in Baden-Württemberg die vielen örtlichen Aktivitäten jährlich in einem landesweiten „Energietag Baden-Württemberg“ zusammengefasst. Bundesweit ist die „Woche der Sonne“ zu nennen. Dadurch werden die örtlichen Aktionen gebündelt und öffentlichkeitswirksam in den Medien verstärkt. Im Mittelpunkt steht die Aufklärung der Bevölkerung zu Erneuerbaren Energien und zum Energiesparen. Die Programmpalette umfasst dabei Besichtigungen, „Wattwan-

SZA_4_2012:EUROSOLAR 20.12.12 16:48 Seite 101

Erneuerbare Energien in Bürgerhand

Verteilung der Eigentümer an der bundesweit installierten Leistung zur Stromerzeugung aus Erneuerbaren-Energien-Anlagen 2010 (53.000 MW).



Quelle: trend research; Stand: 10/2011

www.unendlich-viel-energie.de

derungen“ zu Energieprojekten, geführte Fahrrad-Solartouren, Probefahrten mit Pedelecs und E-Mobilen, Infomärkte mit Handwerkern und Anbietern, Diskussionsforen oder Filmvorführungen wie die „Vierte Revolution“. Inzwischen fester Bestandteil sind dabei Kinderprogramme mit solarem Basteln, Energie-Quiz oder Wettbewerbe mit Schulklassen. Öffentlichkeitsarbeit erfolgt aber nicht nur an diesen Tagen sondern über das ganze Jahr. So führt beispielsweise die studentische Initiative „KINE – Karlsruher Initiative für nachhaltige Energie“ regelmäßig Vortragsreihen mit Experten an der Universität durch.

Besonders Bürger- und Gemeinschaftssolaranlagen haben sich in den letzten Jahren als flächendeckend erfolgreiches Projekt erwiesen. Nachdem viele bisher als Gesellschaften bürgerlichen Rechts (GbR) organisiert waren, hat in den letzten Jahren ein wahrer Genossenschaftsboom eingesetzt. Die Zahl der Energiegenossenschaften hat sich bundesweit von 2008 bis 2011 auf inzwischen knapp 600 vervierfacht. Auch hier werden meist Photovoltaik-Anlagen betrieben, zunehmend auch andere Erneuerbare Energien wie Windkraftanlagen oder auch Blockheizkraftwerke, wie dies die mittelbadische Energiegenossenschaft „meg“ gemeinsam mit dem SWR in Baden-Baden tut. Neben örtlichen und regionalen Genossenschaften gibt es auch übergreifende Aktivitäten wie beispielsweise die „Ökumenische Energiegenossenschaft – ÖEG“, die in der Evangelischen Akademie Bad Boll ihren Ausgang nahm und inzwischen in ganz Baden-Württemberg örtliche Energieprojekte mit Kirchengemeinden umsetzt.

Diese zivilgesellschaftlichen Initiativen haben eine wichtige Voraussetzung: Sie brauchen einige besonders aktive ehrenamtliche „Motoren“ als Antrieb. Oft sind dies nur drei bis fünf Personen die als harter Kern weitere Interessierte um sich scharen und dann Projekte anstoßen. Dies zeigen auch Untersuchungen, die die zentrale Rolle dieser „Kümmerer“, „Schlüsselpersonen“ oder „aktiven Eliten“ unterstreichen.

Das von den Initiativen genannte weitere wichtige Aufgabenfeld der Einflussnahme auf die örtlichen Entscheidungsträger verweist auf die Zusammenarbeit mit der Kommunalpolitik. Erfolgreicher bürgerschaftlicher Klimaschutz ist auch kooperativer Klimaschutz.

Kooperativer Klimaschutz

Viele Kommunen arbeiten mit diesen Initiativen zusammen, was sich besonders im Rahmen der

SZA_4_2012:EUROSOLAR 20.12.12 16:48 Seite 102

Entwicklung von Energiegenossenschaften in Deutschland

In den letzten drei Jahren gab es eine Vervierfachung der Energiegenossenschaften in Deutschland.

Quelle: Klaus Novy Institut; Stand: 5/2012

www.unendlich-viel-energie.de

Lokalen Agenda 21 herausbildete. Unterstützt werden die Aktivitäten von den Kommunen meist durch das Bereitstellen von Räumlichkeiten, öffentlichen Dächern für Bürgersolaranlagen oder Artikeln in den Gemeindeblättern. Gerade letzteres sollte nicht unterschätzt werden: kostenlose Gemeindezeitungen erreichen oft vor Ort die meisten Bürger und regelmäßige Kolumnen wie der „Stromwechsler des Monats“ in der kleinen Gemeinde Allensbach am Bodensee zeigen die erhoffte Schneeballwirkung solcher Aktionen. Wichtig ist, dass es für die Initiativen einen Ansprechpartner in der Verwaltung gibt, der als Bindeglied zum Gemeinderat fungiert. Bürgermeister oder Gemeinderäte sollten möglichst als Mitglieder in Solarvereinen diese Aktivitäten unterstützen und die Zusammenarbeit vertiefen. Gemeinderäte sind häufig in Energie-Initiativen aktiv. So entsteht ein „magisches Dreieck“ der Zusammenarbeit von Initiativen, Verwaltung und Politik, das inzwischen als „Trialog“ der Bürgerbeteiligung bezeichnet wird.

Darüber hinaus werden in Kommunen die Bürgerinnen und Bürger zunehmend in die kommunalen Energie-Aktivitäten eingebunden. Dabei kommen meist informelle Methoden der Bürgermitwirkung zum Einsatz: Klima-Werkstätten oder Zukunftskonferenzen nutzen Engagement und Sachverstand der örtlichen Bevölkerung als Impuls- und Ideengeber kommunaler Energiepolitik. Zunehmend erfolgt dies für umfassende Klimaschutzkonzepte, wobei hier besonders auch wichtige Multiplikatoren und Akteure wie Handwerk und Wirtschaft eingebunden werden. Dafür kommen dann auch Methoden wie Fachforen, Expertengespräche oder runde Tische zur Anwendung. Unter den vielen kommunalen Beispielen sei besonders auf die Stadt Ludwigsburg verwiesen. Diese nutzte für die Erstellung ihres Gesamtenergiekonzepts einen breiten Methodenmix zur Bürgerbeteiligung und bettet dies in ein umfassendes Konzept für eine nachhaltige Stadtentwicklung ein.

Umfragen und Bürgerentscheide zu geplanten Großprojekten holen die Bürgermeinung ein und intensivieren den Dialog zur Energiewende vor Ort. Wie dabei die bisherigen Beispiele in Baden-Württemberg zeigen, führen sie auch zur Zustimmung und Aktivierung der Bürgerschaft. Eine Abstimmung zur Windkraft im südbadischen Münstertal brachte bei einer Beteiligung von 73% eine Zustimmung von 80% zur Nutzung der Windenergie. Ein Bürgerentscheid zum geplanten Naturstromspeicher im ostschwäbischen Gaildorf, einem äußerst anspruchsvollen Projekt der Windkraftnut-

SZA_4_2012:EUROSOLAR 20.12.12 16:48 Seite 103

zung mit integriertem Pumpspeicher, brachte nicht bloß die erforderliche Zustimmung, sondern führte auch zur Gründung einer Energiegenossenschaft.
Wie auch in kleinen Gemeinden Bürgerinnen und Bürger einfach und erfolgreich beteiligt werden können zeigen viele Beispiele aus dem bundesweiten Modellprojekt „Fünfseenland“ in Oberbayern. Dort kamen in allen 15 Gemeinden Klimawerkstätten als dreistündige Abendveranstaltungen zum Einsatz, die konkrete Vorschläge für die örtliche Klimaschutzpolitik erarbeiteten.

Bewährt haben sich dabei eigene Werkstattveranstaltungen für Jugendliche. Fanden diese in den kleinen Gemeinden im „Fünfseenland“ als Nachmittagsveranstaltungen statt, führte der BUND in Heidelberg inzwischen mehrfach dreitägige „Jugendklimagipfel“ durch. Dort gab es vor und zwischen den Arbeitsphasen kurze Fachvorträge, Filme oder Besichtigungen. Die daraus resultierenden Vorschläge brachten auch Erfolge: Die Stadt untersagte in ihrem Zuständigkeitsbereich den Einsatz von Heizpilzen. Und rund ein Drittel der Jugendlichen wollte dauerhaft am Thema weiterarbeiten und gründete die BUNDjugend.

Vernetzung der Initiativen

Viele Solarinitiativen sind regional organisiert. So hat der Verein „Metropolosolar Rhein-Neckar“ inzwischen über 250 Mitglieder. Der Verein bietet eine regionale Wissens-, Austausch- und Informationsplattform für alle Akteure, die das Ziel einer Energiewende hin zu 100 % - Erneuerbaren Energien unterstützen. Besonders im ländlichen Bereich sind gemeindeübergreifende Strukturen sinnvoll.

Auch auf Landesebene vernetzen sich die Energieinitiativen. Die „Arbeitsgemeinschaft Bayerischer Solarinitiativen – ABSI“ versteht sich als ein offener Zusammenschluss von Solarvereinen, Initiativen und Arbeitsgruppen zum Thema Solarenergie. Gemeinsames Ziel ist durch die Arbeit auf regionaler Ebene den Durchbruch für die Energiewende zu erreichen. Ernst Schrimpff hat diese Arbeit in „Solarzeitalter 2/2012“ beschrieben. In Baden-Württemberg erfolgt die Vernetzung organisatorisch durch das Agenda-Büro der LUBW Landesanstalt für Umwelt, Messungen und Naturschutz Baden-Württemberg. Das „Landesnetzwerk Ehrenamtlicher Energieinitiativen – LEE“ trifft sich halbjährlich zum Erfahrungsaustausch. Inzwischen werden gemeinsam mit örtlichen Initiativen regionale Vernetzungsstrukturen aufgebaut.

Vertikale politische Verknüpfung

Neben finanziellen und logistischen Unterstützungen – als weiteres Beispiel sei hier das von der Bundesregierung unterstützte Projekt „100 %-Erneuerbare-Energie-Regionen“ genannt – ist eine Verknüpfung der zivilgesellschaftlichen Initiativen mit politischen Aktivitäten auch über die kommunale Ebene hinaus nötig. Während Kommunen schon erfolgreich ihre Klimaschutzpolitik zusammen mit Bürgerschaft und Initiativen gestalten, haben Landes- und Bundespolitik hier noch Nachholbedarf.

Auf Landesebene sind jetzt Verknüpfungen mit politischen Gesetzesaktivitäten erkennbar. So räumt der im Mai 2012 vorgelegte „Windenergieerlass Baden-Württemberg“ der Bürgerbeteiligung großen Raum ein. Der Gesetzentwurf für ein Klimaschutzgesetz von Juni 2012 in Nordrhein-Westfalen enthält einen Klimaschutzrat mit Persönlichkeiten aus verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen. Baden-Württemberg sieht in seinem im November 2012 verabschiedeten Entwurf für ein Klimaschutzgesetz ebenfalls einen Beirat vor und strebt für sein „Integriertes Energie- und Klimaschutzkonzept“ zur Umsetzung des Klimaschutzgesetzes eine weitreichende Beteiligung gesellschaftlicher Gruppen an. Mit den kommunalen Landesverbänden wurde zur Umsetzung der Energiewende als Plattform für eine gemeinsame Arbeit ein „Forum Energiewende“ vereinbart.

So können feste Strukturen der Zusammenarbeit geschaffen werden, die die Impulse aus der Gesell-

SZA_4_2012:EUROSOLAR 20.12.12 16:48 Seite 104

schaft in die Energiepolitik auf Landes- und Bundesebene aufnehmen und ein gemeinsames Vorgehen ermöglichen.

Energieinitiativen als neue Stufe der Ökologiebewegung

Die ehrenamtlich getragenen Energie-Initiativen markieren eine neue historische Etappe der Ökologiebewegung. Einerseits hält „sich eine Priorität mit phänomenaler Zähigkeit und zwar weltweit: die Gefährdung des Klimas durch den Treibhauseffekt“ bilanziert Joachim Radkau in die „Ära der Ökologie – Eine Weltgeschichte“. Für ihn stellt das in seiner umfassenden Gesamtschau „das Neuartige der letzten beiden Jahrzehnte“ dar. Andererseits ist seit Fukushima die Energiewende in Deutschland politischer und gesellschaftlicher Konsens.

Die Energieinitiativen speisen sich dabei auch aus der Anti-AKW-Bewegung und deren Erfahrungen. Das Handbuch „Die sozialen Bewegungen in Deutschland seit 1945“ konstatiert für die Anti-AKW-Bewegung seit Ende der siebziger Jahre die Suche nach alternativen und konstruktiven Lösungen durch die Propagierung und Entwicklung Erneuerbarer Energien und eines ökologischen Lebensstils. Es ist gelungen, alternative Optionen einzubauen und eine Öffnung der Energiepolitik für Erneuerbare Energien zu erreichen.

Ein weiterer Impuls kommt aus den nach der Konferenz für Umwelt und Entwicklung 1992 in Rio de Janeiro entstandenen Lokale-Agenda-21-Prozessen. Sie waren ein Forum neuer, vernetzender Dialoge und offener, kooperativer Prozesse. Wie das „Handbuch“ feststellt führten sie zu „neuen strategischen Allianzen“ und „dialogisch-integrativen Formen der Problembearbeitung“. Auch in der Umweltbewegung wurde jetzt Konsens statt Konfrontation gesucht.

Die Lokale Agenda 21 rückte Kommune und Region als Handlungsebene wieder stärker in den Mittelpunkt. Auch wenn die Lokale Agenda 21 inzwischen als umfassender Prozess nicht mehr so stark in Erscheinung tritt, hat sie einerseits thematische Schwerpunkte wie den Klimaschutz und andererseits eine kooperative Kommunalpolitik verstärkt. So erfuhren z.B. die „Zukunftswerkstätten“ als Bürgerbeteiligungsmethode eine flächendeckende Verbreitung, die jetzt auch im kommunalen Klimaschutz Anwendung findet.

Zivilgesellschaftliche Aktivitäten für die Energiewende profitieren von diesen Erfahrungen. Klimawandel und Energiewende stehen im Mittelpunkt einer nachhaltigen Entwicklung. Die Fokussierung auf dieses Thema bietet die Chance, den sonst unklaren Begriff der nachhaltigen Entwicklung in einem zentralen Themenbereich erfahrbar zu machen und konkrete Fortschritte zu erzielen. Nimmt man das oft zitierte Dreieck der Nachhaltigkeit, mit seinen drei Dimensionen, sind bei der Schonung der Umwelt und der wirtschaftlichen Entwicklung die Vorteile der Energiewende inzwischen belegt. Studien unterstreichen, dass besonders die regionale Wirtschaft und das Handwerk davon profitieren. Wie im Folgenden gezeigt werden soll spielen auch die soziale Dimension und die Zivilgesellschaft eine zentrale Rolle.

Klimawandel als Kulturwandel

Den Klimawandel als umfassendes gesellschaftliches, soziales und kulturelles Phänomen zu erfassen, gehört zum großen Verdienst des kulturwissenschaftlichen Instituts der Universität Essen. Welche tragende Rolle dabei eine aktive Zivilgesellschaft spielt, haben Claus Leggewie und Harald Welzer besonders in ihrem Buch „Das Ende der Welt, wie wir sie kannten“ (Frankfurt am Main, 2009) herausgearbeitet. Das darin enthaltene Kapitel „Die große Transformation“ beschreibt die für sie notwendige „kulturelle Revolution“ als nachhaltige Lösung unserer Probleme. Dabei nimmt die Bürgergesellschaft eine zentrale Rolle ein. Nötig ist eine „Kultur der Achtsamkeit“, ein permanentes Lernen in einer Umgebung, die in ständiger Veränderung begriffen ist. „Praxislernen“ umschreibt

SZA_4_2012:EUROSOLAR 20.12.12 16:48 Seite 105

dabei eine Form des Lernens, die gewohnte Handlungsmuster selbst verändert.

In Deutschland wurden demnach bisher die meisten kulturellen Veränderungen nicht durch professionelle Politik, sondern durch die Initiativen Einzelner oder kleiner Gruppen erreicht. Dies wird als „Mikro-Politik der kleinen Gruppen" beschrieben, indem lokales Wissen in Gestalt lokaler Praktiken das kulturelle Projekt des Gesellschaftsumbaus mit initiiert. Bürgerschaftliche Projekte spielen eine zentrale Rolle, denn das stärkste Motiv für die Veränderung von Praxis ist stets Praxis. Die konkrete Erfahrung weckt die Lust, die Lebenswelt weiter zu verändern, sich mit Gleichgesinnten zu vernetzen und Andersgesinnte zu überzeugen. Kleinräumig organisierte bürgerschaftliche Akteure sind klimapolitisch von zentraler Bedeutung. Als Beispiel werden Solargenossenschaften genannt. Sie und andere Initiativen stehen für eine „Praxis der Veränderung", um die notwendige „Kulturrevolution des Alltags" zu erreichen

Zum nachhaltigen Umbau der Gesellschaft ist über die Bürgergesellschaft hinaus allerdings die Zusammenarbeit mit Akteuren des politisch-administrativen Systems sowie wirtschaftlichen und akademischen Eliten notwendig, die dafür die nötige Einsicht aufbringen.

„Der Energethische Imperativ"

Mit diesem programmatischen Titel hat Hermann Scheer auch in seinem letzten Buch 2010 nochmals die zentrale Rolle der Zivilgesellschaft und vieler unabhängiger Kräfte für die Energiewende betont. Für ihn bedarf ein schneller Energiewechsel zahlreicher autonomer Akteure, die mit ihren Initiativen nicht warten wollen und nicht abwarten müssen, was andere tun. Aus den sich vermehrenden Beispielen guter Praxis erwächst eine breite gesellschaftliche Bewegung. Die Energiewende ist das Produkt einer Multiplizierung vielfältig motivierter Akteure. Wichtigste politische Maxime ist, diesen Handlungsspielräume zu eröffnen und sie ständig zu erweitern.

Die bisherige Entwicklung der Energiewende unterstreicht diese Position. Zivilgesellschaftliche Akteure sind dabei das vorwärtstreibende Element. Dabei haben sich in vielen Kommunen Strukturen und Aktivitäten einer kooperativen Klimaschutzpolitik herausgebildet. Auch mit den übergeordneten politischen Ebenen bilden sich Ansätze der nötigen vertikalen Verknüpfung heraus, um die Energiewende als das Gemeinschaftswerk zu realisieren, als das sie nur möglich sein dürfte. Dabei wird die Energiewende in Deutschland durch die Zivilgesellschaft in Bewegung gehalten, um wie ein Tausendfüßler weiter vorwärts zu kommen.

Gerd Oelsner leitet das Agenda-Büro der LUBW Landesanstalt für Umwelt, Messungen und Naturschutz Baden-Württemberg mit dem aktuellen Arbeitsschwerpunkt bürgerschaftlicher Klimaschutz und ist Gründungsmitglied von EUROSOLAR
Kontakt: Gerd.Oelsner@lubw.bwl.de